



home & care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

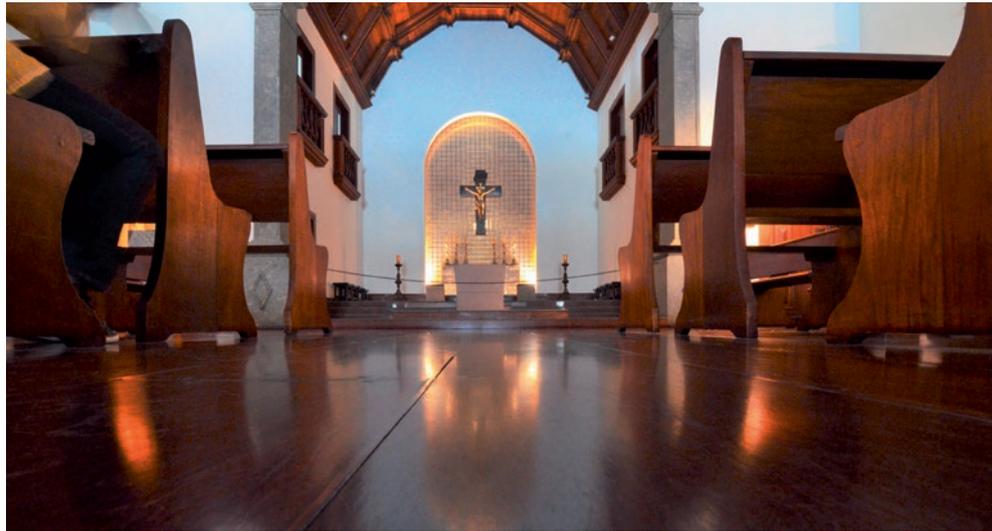
Ausgabe Mai/Juni 2019

Gute Deutschkenntnisse sind Voraussetzung für Erfolg bei der Jobsuche

Ohne gute Deutschkenntnisse haben es Migranten sehr schwer, auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das macht eine aktuelle Studie des zur Bundesagentur für Arbeit (BA) gehörenden Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) deutlich. Demnach sind Deutschkenntnisse „ein entscheidender Erfolgsfaktor für die Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen“. Für die Untersuchung befragte das IAB in den Jahren 2016 und 2017 wiederholt Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak im Alter zwischen 15 und 64 Jahren, die nach dem Abschluss ihres Asylverfahrens Arbeitslosengeld II erhielten.

Wie das IAB berichtet, hatten von den im Jahr 2016 befragten Geflüchteten, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht erwerbstätig waren, ein Jahr später 14 Prozent eine Beschäftigung. Bei der Erwerbsaufnahme hätten sich gute Deutschkenntnisse als entscheidender Erfolgsfaktor erweisen, stellt das Institut fest.

Diese Sprachkenntnisse haben sich demnach gut entwickelt, wie die Arbeitsmarktforscher berichten. Denn im Jahr 2016 verfügten 24 Prozent der Befragten über nur geringe deutsche Sprachkenntnisse. Von ihnen habe nahezu die Hälfte ihre Sprachkenntnisse innerhalb eines Jahres verbessert, berichtet das IAB.



Kirchenasyl stark rückläufig

Nachdem die Innenminister von Bund und Ländern im Juni vergangenen Jahres strengere Regeln für das Kirchenasyl beschlossen haben, ist die Zahl der Fälle, in denen Gemeinden abgelehnten Flüchtlingen Schutz gewährten, deutlich zurückgegangen. Wie das Bundesinnenministerium (BMI) auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag jüngst mitteilte, wurden dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für die Zeit von Anfang August bis Ende 2018 nur noch 341 Fälle von Kirchenasyl gemeldet. Von Jahresbeginn bis Ende Juli 2018 lag deren Zahl noch bei 1.180.

Deutschland gewährt EU-weit am häufigsten Asyl

Von allen EU-Staaten hat Deutschland im vergangenen Jahr die meisten positiven Asylbescheide erlassen bzw. am häufigsten Geflüchteten Schutz gewährt. Das geht aus aktuellen Zahlen der EU-Statistikbehörde Eurostat hervor. Demnach wurden hierzulande 2018 rund 139.600 positive Asylbescheide ausgestellt – EU-weit waren es fast 333.400. Damit entfielen rund 40 Prozent der Asylzusagen auf die Bundesrepublik. Danach folgten Italien mit 47.900 positiven Bescheiden und Frankreich mit 41.400.

Gemessen an der Bevölkerung lag dagegen Österreich bei der Aufnahme von Asylsuchenden vorn: Je eine Million Einwohner nahm das Land im vorigen Jahr 2.345 Migranten auf. Am untersten Ende dieser Statistik rangieren Polen und die Slowakei mit jeweils nur zehn akzeptierten Asylbewerbern pro Million Einwohner.

Jeder zweite Deutsche hat Aversion gegen „Fremde“

FES-Studie warnt vor Destabilisierung der gesellschaftlichen Mitte

Der Großteil der Deutschen befürwortet Demokratie, ist für Vielfalt in der Gesellschaft und fordert eine Stärkung der EU. Gleichzeitig haben sich jedoch rechtspopulistische Einstellungen in der deutschen Gesellschaft fest etabliert. So teilt rund ein Drittel der Bundesbürger nicht liberale Aussagen und stellt infrage, dass alle Menschen gleiche Rechte haben. Insbesondere negative Einstellungen gegenüber Asylsuchenden sind in der Bevölkerung weit verbreitet. Das geht aus der aktuellen „Mitte-Studie“ hervor, die das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld für die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) erstellt hat.

Dafür befragten die Forscher im Herbst/Winter 2018/19 knapp 1.900 repräsentativ ausgewählte Deutsche. Die Untersuchung, die seit 2006 alle zwei Jahre durchgeführt wird, hinterfragt die Verbreitung von rechtsextremen, menschenfeindlichen und weiteren antidemokratischen Meinungen in der hiesigen Gesellschaft. Schwerpunkte der Studie sind Rechtspopulismus, neue rechtsextreme Einstellungen und deren Überlappung sowie Verschwörungsmythen in der Mitte der Gesellschaft.

In der neuen Studie fällt auf, wie weit verbreitet Ressentiments gegenüber Asylsuchenden in Deutschland sind: Mehr als jede zweite für die Studie befragte Person stimmte negativen Ansichten über diese Menschen zu. Die Ablehnung von Asylsuchenden hat demnach seit 2016 noch zugenommen, obwohl deren Zahl im Befragungszeitraum rückläufig war. Abwertend speziell über Sinti und Roma sprachen sich 26 Prozent der Befragungsteilnehmer aus. Damit sei diese Einstellung weit verbreitet, stellen die Autoren der Studie fest. Sie registrierten zudem bei jeweils 19 Prozent fremdenfeindliche Einstellungen und muslimfeindliche Einstellungen.

Jeder fünfte Deutsche ist fremdenfeindlich

Auch der „klassische“ Antisemitismus mit seinen Verschwörungsmythen sei mit fast 6 Prozent stabil verbreitet, heißt es in der neuen Mitte-Studie. Modernen Formen



Foto: iStock, eanraj

des Antisemitismus, die sich auf Israel beziehen, stimmen demnach weiterhin 24 Prozent der Befragten zu. Generell stellten die Verfasser der FES-Studie bei rund einem Fünftel der Bundesbürger feindliche Einstellungen gegenüber „Fremden“ fest. Diese Werte seien damit seit 2014 auf einem hohen Niveau stabil, kommentieren die Autoren.

Nach ihrer Analyse fallen wiederum Wähler der AfD durch eine deutlich häufigere Zustimmung zu menschenfeindlichen Einstellungen auf. Anders als noch in den Vorjahren, sieht die Studie menschenfeindliche sowie rechtsextreme Einstellungen aber auch unter Gewerkschaftsangehörigen etwas weiter verbreitet als unter Befragten, die keiner Gewerkschaft angehören. Demnach stimmten

Zustimmung zu den Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in verschiedenen Altersgruppen (Angaben in Prozent)

	16 bis 30 (n=315)	31 bis 60 (n=926)	> 60 (n=624)
Rassismus*	11,0	8,1	12,2
Fremdenfeindlichkeit	15,2	19,4	20,1
Antisemitismus – klassisch**	2,6	4,1	7,8
Antisemitismus – israelbezogen***	17,2	21,1	30,4
Muslimfeindlichkeit***	17,8	17,4	25,3
Abwertung von Sinti und Roma***	15,4	26,6	26,5
Abwertung asylsuchender Menschen***	46,1	50,7	59,4
Sexismus***	3,1	7,0	11,7
Abwertung homosexueller Menschen***	13,0	6,0	13,2
Abwertung von Trans* Menschen***	11,6	9,2	19,8
Abwertung wohnungsloser Menschen**	14,2	10,1	15,0
Abwertung langzeitarbeitsloser Menschen*	53,3	53,9	47,2
Abwertung v. Menschen mit Behinderung	0,8	1,1	1,6
Etabliertenvorrechte***	23,3	39,3	40,2

Legende *= $p < ,05$ **= $p < ,01$ ***= $p < ,001$

Quelle: www.fes.de/forum-berlin/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie

in der Befragung 16 Prozent der Gewerkschafter sogar rassistischen Einstellungen zu, was nur bei 9 Prozent der Nicht-Gewerkschaftsmitglieder der Fall war.

Besonders hervor hebt die Untersuchung die gestiegene Zustimmung zu menschenfeindlichen und rechtsextremen Ansichten bei jüngeren Befragten. Diese Gruppe trat demnach in dieser Hinsicht bislang weniger in Erscheinung als Ältere. Doch die jüngeren Deutschen ziehen bei einer Reihe von Abwertungen und Dimensionen rechtsextremer Einstellungen inzwischen offenbar nach. Diese Entwicklung halten die Studienautoren für „problematisch und destabilisierend“, weil sie nach ihrer Einschätzung mit einer höheren Gewaltbilligung

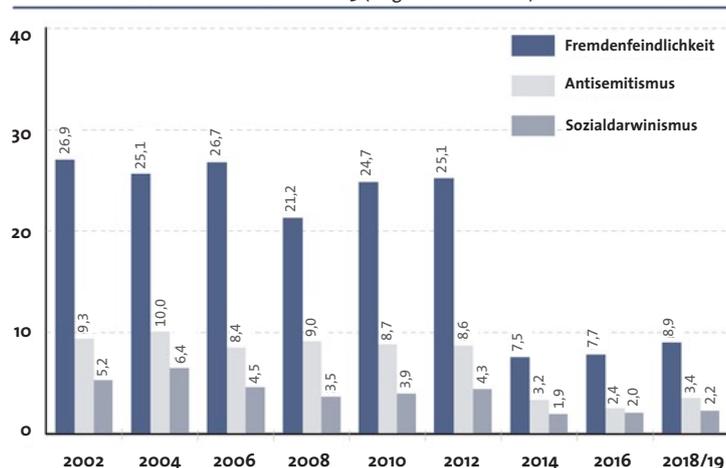
und -bereitschaft, also einer Verrohung der Gesellschaft, mehr als zufällig einhergehen. Es zeige sich in der Untersuchung, „wie menschenfeindliche Vorurteile sich mit politischen Meinungen verbinden und eng mit rechtsradikalen Orientierungen zusammenhängen“, stellt die FES fest.

Verbreiteter Nationalchauvinismus

Eindeutig und offen rechtsextreme Einstellungen lehnt laut dieser Untersuchung zwar der Großteil der deutschen Bevölkerung ab. Lediglich 2 bis 3 Prozent der Befragten äußern sich demnach eindeutig rechtsextrem. Dabei gibt es keine Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Weit verbreitet ist allerdings mit insgesamt 13 Prozent Zustimmung zu sogenannten nationalchauvinistischen Parolen. Dazu zählen die Verfasser der Studie etwa Ansichten wie „das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht“. Dem stimmten immerhin 17 Prozent der Befragten zu. Darüber hinaus finden sich knapp 8 Prozent der befragten Bundesbürger in der Aussage wieder, „eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“.

Zusammenfassend kommen die Autoren der FES-Mitte-Studie zu dem Fazit, dass rechtspopulistisches Gedankengut inzwischen in der Mitte der Gesellschaft zunehmend toleriert werde. Dadurch verliere die Mitte ihren festen Boden und ihre demokratische Orientierung, warnen sie. „Wenn menschenfeindliche Vorurteile, rechtspopulistische wie rechtsextreme oder neurechte Einstellungen, der Glaube an Verschwörungen, Misstrauen und illiberale Demokratieeinstellungen, verbreitet sind, die Vorstellungen von Demokratie in Ost- und Westdeutschland auseinanderdriften, dann erleidet die Mitte der Gesellschaft Verluste und die Demokratie wird instabil, erklärte Prof. Dr. Andreas Zick, Direktor des IKG in Bielefeld.

Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung 2002 bis 2018/19 (Angaben in Prozent)



Studie: Mehrheit der Deutschen steht zur Erinnerungskultur Zugang muss aber zeitgemäßer werden

Foto: iStock/iguncamp

Die deutsche Erinnerungskultur – insbesondere hinsichtlich der Zeit des Nationalsozialismus – ist in den vergangenen Jahren zunehmend von rechtspopulistischer Seite unter Beschuss geraten. Negativer Höhepunkt war dabei sicherlich die Aussage des AfD-Politikers Björn Höcke, die Deutschen seien „das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“ Doch tatsächlich ist die Erinnerungskultur in der deutschen Bevölkerung weiterhin ziemlich stark verankert. Das jedenfalls ist das Ergebnis der repräsentativen Studie „MEMO Deutschland – Multidimensionaler Erinnerungsmonitor“ des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld unter 1.000 Personen.

Demnach stimmen 88 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass den Opfern des Nationalsozialismus mindestens so oft gedacht werden sollte, wie es jetzt geschieht. Nur knapp 17 Prozent halten es für unverständlich, warum man sich heute noch mit der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigen sollte. Etwa ein Drittel der Befragten nehmen Parallelen zwischen aktuellen politischen Entwicklungen in Deutschland und der Zeit des Nationalsozialismus wahr, ebenso viele erkennen keine Parallelen. Etwa 53 Prozent machen sich Sorgen, dass die deutsche Erinnerungskultur zu sehr von Rechtspopulisten vereinnahmt werden könnte.

Die Studie belegt auch das grundsätzlich große Interesse an deutscher Geschichte (bei 52 Prozent der Befragten stark bis sehr stark). Mit der Zeit des Nationalsozialismus haben sich über das in der Schule Gelernte hinaus 58 Prozent aus eigenem Antrieb stark oder sehr stark beschäftigt.

Aktive Erinnerung stärkt Zivilcourage

„Eine Zivilgesellschaft, die sich aktiv erinnert und Geschichte nicht verdreht, kann Bedrohungen der Demokratie besser begegnen“, sagt Prof. Dr. Andreas Zick, einer der Studienleiter und Direktor des IKG, zur Bedeutung der Befunde. Die Beschäftigung mit der NS-Zeit sei eine wichtige Quelle für Zivilcourage. Denn auch das ist Ergebnis der Studie: Diejenigen, die sich intensiver mit der NS-Zeit beschäftigen, bekennen sich auch dazu, stärker gegen Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen eintreten zu wollen.

Für 78 Prozent der Befragten war der Besuch einer Gedenkstätte ein Zugang zur Auseinandersetzung mit der NS-Zeit. 30 Prozent haben sogar viermal und häufiger eine Gedenkstätte besucht. Sehr viele (85 Prozent) hat dieses Erlebnis emotional berührt und die Hälfte hat es motiviert, sich intensiver mit dem Thema Nationalsozialismus zu befassen. Doch die Studie zeigt auch, dass neue mediale Zugänge wichtiger werden: Über 90 Prozent der Befragten nutzen Dokumentar- und Spielfilme als Einstieg in das Thema, 60 Prozent berichten, sich im Internet zu informieren.

„Gedenkstätten als authentische Orte der Erinnerung an die NS-Zeit spielen eine entscheidende Rolle und müssen gestärkt werden“, erläutert Dr. Andreas Eberhardt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung EVZ dazu. Zugleich seien aber zeitgemäße, digitale Formen der Vermittlung gerade für junge Menschen von großer Bedeutung. Die Stiftung EVZ erprobt in ihrer Projektförderung und im Rahmen des Bundesprogramms „Jugend erinnert“ den Weg hin zu einer zukunftsfähigen Gedenkkultur.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALE DIENSTE
Schürmannstraße 22 a
45136 Essen
DEUTSCHLAND
public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der
European Homecare GmbH
Alfredstraße 234
45133 Essen



Stiftung
Soziale Dienste